

Kinder tragen die Folgen

Schulfusion in Kronshagen
KN vom 3. und 4. November

77 Viele Eltern in Kronshagen möchten für ihre Kinder keine große Schule (mit fast 600 Kindern), zudem auch keine Schule ohne ein sorgsam durchdachtes pädagogisches, organisatorisches und bauliches Konzept. All diese Tatsachen werden mit dem Argument „dass die soziale Gerechtigkeit hergestellt werden muss“ außer Acht gelassen. „Soziale Gerechtigkeit“ und „mehr Bildungschancen“ sind wertvolle und wichtige Ziele. In diesem Fall sind es aber inhaltsleere Worte, auch wenn man sie gerne und oft anbringt. Wie soll die Zusammenlegung der Schulen die Bildungschancen der Kronshagener Schüler erhöhen? Eine so große Schule (dann fast die größte Schulen in Schleswig-Holstein), dazu ohne ein ausreichend vorbereitetes Konzept, womöglich sogar ohne eine geeignete, bereits bewährte Schulleitung, wird die Bildungschancen keines einzigen Kinds in Kronshagen erhöhen, sondern sehr viele Probleme verursachen. Soll die soziale Gerechtigkeit etwa darin bestehen, dass nach einer Zusammenlegung zum Schuljahr 2016/17 alle 600 Kronshagener Grundschüler in einem schulischen Chaos unterrichtet werden und so die negativen Folgen der übereilten Entscheidung gemeinsam tragen müssen?

Lucyna Reh,
Kronshagen

Ingo Sander musste handeln

77 Die Kritik der in der SPD-Fraktion im Kronshagener Gemeinderat zurückgelassenen Herren an Bürgermeister Ingo Sander wirkt wie eine nicht verarbeitete Wahlniederlage ihres Mitglieds Robert Schall bei der vergangenen Bürgermeisterwahl. Wenn Eltern der Brüder-Grimm-Schule auf den in ihrer Schule gegenüber der Eichendorff-Schule zu hohen Migrantanteil hinweisen und eher überlegen, ihre Kinder auf eine Kieler Grundschule zu schicken, ist es geradezu die Pflicht des Bürgermeisters, sich zu regen und nach Lösungen zu suchen, die zu einem Ausgleich dergestalt führen, dass zusätzliche Schulkosten in Richtung der Nachbargemeinden vermieden werden. Ich schätze den ruhigen, sachbezogenen Politikstil Ingo Sanders. Und ich vermisse bei diesen SPD-Mitgliedern das Postulat der Chancengleichheit für alle Kinder Kronshagens, das eigentlich Maßstab ihres Handelns sein sollte.

Dietmar Rauter,
Kronshagen